

**AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Landesamtsdirektion**

Zahl: LAD-2208/39-1992

Eisenstadt, am 19. 10. 1992

Entwurf einer Novelle zum Insolvenz-  
Entgeltsicherungsgesetzes, Arbeits-  
und Sozialgerichtsgesetz und zum Bau-  
arbeiter-Urlaubs- und Abfertigungs-  
gesetz; Stellungnahme.

Telefon (02682)-600  
Klappe 2220 Durchwahl

zu Zahl: 37.006/40-3a/92

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	GE/19 .....
Datum: 22. OKT. 1992	
Verteilt 23. Okt. 1992	

An das

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Stubenring 1

1010 Wien

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz und das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz geändert werden, erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen kein Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:

Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

*Reule*

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 19. 10. 1992

1. Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,  
1017 Wien, 25-fach,
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landes-  
amtsdirektoren),
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.  
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:

Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

